Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 55 — Donnerstag, den 10. Mai 1928 — 41. Jahrgang

Einunddreißig.

Wer die Wahl hat, hat die Qual, und da mögen wohl der deutsche Reichstagswähler und die deutsche Reichstagswählerin am 20. Mai die gequältesten Menschen auf Erden sein. Buridans Esel brauchte ja nur zwischen zwei Heubündeln zu wählen, aber der und die Deutsche haben am 20. Mai die Auswahl zwischen 31 — in Worten: einunddreißig — Listen, denen sie, wenn sie durchaus wollen, ihre Stimmen geben können. Aber allzu viele werden sich da überhaupt lachend bedanken, weil die Sache allmählich anfängt, grotesk zu werden.

Als die Reichstagsmitglieder das Reichstagswahlgesetz beriten, waren sie bei ihrem Beschlusse, zur Rechtsgültigkeit einer Kandidatenvorschlagsliste für den Reichstag genügen die Unterschriften von 20 wahlberechtigten Personen, wirklich von allen guten Geistern verlassen. Hat sich doch z. B. eine Familie Wülfmeyer — Vater, Mutter, Sohn und Tochter — als „Rechts- und Mieterschutzpartei" aufgetan. Vater wird am Stammtisch, Mutter beim Kaffeekränzchen, Sohn und Tochter werden im Tanzklub die fehlenden 16 Unterschriften für den viergliedrigen Familien- — Verzeihung! Reichstagsvorschlag unter Lachen und Scherzen zusammengeholt haben — und der Reichswahlausschuß mußte das als ernsthaft gemeint tatsächlich annehmen. Einen anderen, vielleicht noch grotesteren Vorschlag hat der Reichswahlausschuß jedoch abgelehnt. Da hatte nämlich ein grüner, soeben erst wahlfähig gewordener Jüngling einen solchen Vorschlag eingereicht unter dem Kennwort oder der „Parteibezeichnung": „Lebensinteressen der Ledigen", wobei er die Unterschriften von — 20 verheirateten Frauen mitbrachte. Also geschehen in der schönen Seestadt Hamburg. Daß selbstverständlich die „Partei der Parteilosen" auch diesmal nicht fehlte, aber abgewiesen wurde, ist ja — dank jener Gesetzesbestimmung — auch wieder möglich gewesen. Man hat so viel über Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen geredet und geschrieben: hätte man lieber zur Beseitigung dieses Unfuges etwas getan — und für die Erhöhung jener Ziffer wäre in jedem Reichstag die Zweidrittelmehrheit vorhanden gewesen —, so hätte man dies wirklich allseitig begrüßt.

Unter einer gleichen, wenn auch nicht ebenso großen Zersplitterungspsychose leiden alle Parteien und Parteichen, Gruppen und Verbände, die sich die Aufwertungs-, Liquidationsgeschädigten- und ähnliche Fragen als Wahl- und Arbeitsthema zu eigen machten. Aufwertungsgruppen mit besonderen Listen gibt es gleich sieben; sie werden sich und ihren Zielen durch die Zersplitterung, an der vielfach rein persönliche Dinge schuld sind, selbst am meisten schädigen, da vermutlich kein einziger ihrer Kandidaten in einem Wahlkreis die notwendigen 60 000 Stimmen erhält. Nicht anders ist es mit den sogenannten Volksrechtsparteien, von denen nun eine noch in letzter Stunde ihren Namen ändern muß, weil sonst Verwechslungen sehr leicht möglich sind. Die wird es aber trotzdem noch in großen Massen geben. Hunderttausende von Stimmen auf diese Weise einfach verlorengehen, wie bei der letzten Wahl 1924, als auf diese Weise fast 900 000 Wahlstimmen unter den Tisch fielen.

Diese Liste der Listen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Da gibt es drei christliche (evangelische) Listen — eine vierte hat sich mit den Völkischen oder vielmehr mit einer der völkischen Listen verbunden, denn dort gibt es auch gleich drei „verschiedene" — gibt es vier in die Kreise der landwirtschaftlichen Wähler hineingehende Listen usw., alles Zersplitterungen, die im nichtsozialistischen Lager entstanden sind. Aber auch im Lager der Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten fehlt es nicht an Parteisplittern. Da gibt es auf dem rechten Flügel die „Alte Sozialdemokratische Partei", die von ihrem „großen Bruder", den Mehrheitssozialisten, durchaus ferngehalten werden sollte, wenigstens unter diesem Namen, weil er zu Verwechselungen Anlaß gebe. Dem ist aber nicht stattgegeben worden. Auch der alte Lebehour erscheint wieder auf der Kampfbahn, natürlich ohne die geringste Aussicht, je die ersehnten Hallen des Reichstages als Abgeordneter wieder betreten zu dürfen. Die alten Parteien blieben, nur die Deutsch-Hannoveraner verzichteten auf einen eigenen Wahlvorschlag.

Das Ganze: ein unerfreuliches Schauspiel und ein nicht gerade günstiges Vorzeichen für den 20. Mai.

Drohende Bauernrevolte in Rumänien.

200 000 Bauern marschieren.

Der mit großer Spannung erwartete Kongreß der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg scheint zunächst wenigstens ruhig verlaufen zu sein. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der nachdrücklich dafür gebungen bekannten Eigenschaft, der gegen die Regierung eingetreten wird, daß die Nationale Bauernpartei unter der Führung Manius an die Macht gelange. Weiterhin wird in der Entschließung die Liberale Partei und die allgemeine Politik der Regierung heftig angegriffen und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Kampf bis zur Erreichung des gesteckten Zieles fortzusetzen. Die Entschließung weist außer der bereits aus ähnlichen Kundgerichteten Propaganda, einen neuen Zug auf insofern, als an die Verbündeten und an den Völkerbund der Appell gerichtet wird, an einer günstigen Lösung der rumänischen Probleme mitzuhelfen; sie unterstreicht ferner, daß die Bauernpartei entschlossen sei, die gegenwärtigen Grenzen Rumäniens bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, und schließt mit der Feststellung, daß die nationale Einheit des Landes unzerstörbar sei.

Der Führer der Bauern, Maniu, ist nach Bukarest abgereist, um dort beim Regentschaftsrat um eine Audienz nachzusuchen, dem er die Karlsburger Entschließung vorlegen will.

Nach Blättermeldungen aus Wien und Budapest beträgt die Zahl der auf Bukarest marschierenden Bauern etwa 200 000. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Bauernmacht sehr ernsthaft zu nehmen sei, denn am Schluß des Kongresses hätten sie einen feierlichen Eid geleistet, nicht eher zu ruhen, als bis die Bauern in Bukarest mit eigener Hand Ordnung geschaffen hätten.

In Bukarest Standrecht.

Die Wirrnisse in Rumänien und die gewaltigen Bauernkundgebungen haben eine Auswirkung gehabt, die für den Betroffenen, den Exkronprinzen Carol, recht unangenehm sein können. Er lebt bekanntlich zurzeit in England. Montag abend fand eine Konferenz in London zwischen Vertretern des Ministeriums des Auswärtigen und des Innenministeriums statt, in der beschlossen wurde, den früheren Kronprinzen Carol von Rumänien aufzufordern, England zu verlassen. Nach der Konferenz wurde ein hoher Beamter der englischen Kriminalpolizei nach Godstone, einem Landhaus in der Grafschaft Surrey, wo sich der ehemalige Kronprinz aufhält, entsandt. Bei der Ankunft wurde dem Beamten mitgeteilt, daß sich Carol mit Frau Lupescu in einem Londoner Kino befinde. In der Zwischenzeit begaben sich drei weitere führende Beamte der Kriminalpolizei nach Godstone, um Carol nach seiner Rückkehr von London das Ergebnis der Regierungskonferenz mitzuteilen. Carol, der um Mitternacht von London zurückkehrte, war außerordentlich überrascht, als ihm die Entscheidung der englischen Regierung bekanntgegeben wurde. Er beschränkte sich auf die Erklärung, daß ihm die Mitteilung sehr unerwartet komme. Wie verlautet, wird man dem Prinzen Carol angemessene Zeit gewähren, um die nötigen Abreisevorbereitungen zu treffen.

Das britische Luftfahrtministerium veröffentlicht eine Erklärung, die mitteilt, den britischen Behörden sei bekannt geworden, daß zwei Flugzeuge der Imperial Airways gemietet waren, offensichtlich um den Prinzen Carol nach Rumänien zu bringen. Da Prinz Carol nicht die notwendigen Papiere zur Landung in Rumänien besaß, seien Maßnahmen zur Verhinderung des Fluges getroffen worden. Carol veröffentlicht eine neue Erklärung, in der es heißt, er sei nicht nach England gekommen, um hier das Hauptquartier für eine Bewegung zur Zurückgewinnung des rumänischen Thrones aufzuschlagen. Es bestehe keine Verschwörung. Er habe nur an den gesunden Sinn seiner Landsleute appellieren wollen.

Die Unruhen dauern an.

Wenn auch nach den Regierungsmeldungen aus Bukarest die Bewegung der Bauern zurückgedämmt worden ist und diese nach ihren Wohnsitzen zurückkehren sollen, hält die allgemeine Beunruhigung an. Die Leitung der Nationalen Bauernpartei erklärt, die zweite Etappe des Kampfes gegen das Regime Bratianu werde die Verweigerung der Steuerzahlung durch die siebenbürgischen Bauern sein, ferner die passive Resistenz aller Stadtverwaltungen gegenüber der Staatsverwaltung, in denen sich die Bauernpartei in der Mehrheit befinde. Auf diese Weise hoffe die Partei, die Regierung Bratianu zum Rücktritt zwingen zu können.

Sämtliche ausländischen Journalisten in Bukarest, die sich mit dem Präsidenten der Nationalen Bauernpartei, Maniu, und den Bauernmassen aus Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, sind an die Grenze abgeschoben worden. In Bukarest kam es zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen. Die Truppen stehen in Bereitschaft und besetzten alle nach Bukarest führenden Straßen. Über Bukarest ist das Standrecht verhängt worden.

Durch Umzingelung der Bauern- und Arbeitermassen, Verhütung jeder Gewalttat sowie passive Resistenz seitens der Eisenbahnverwaltung soll die unruhige Bevölkerung in verschiedene Richtungen abgedrängt worden sein. Etwa 6000 Bergleute der Kohlenbergwerke im Tale der Jiu warten noch ungeduldig auf ihre Nachhauseförderung. Die Soldaten verhielten sich diszipliniert, waren aber ebenfalls unruhig.

Der chinesisch-japanische Zwist.

China einig gegen Japan.

Nach den heftigen Zusammenstößen der letzten Tage, die geradezu als offene Schlacht aufgefaßt werden müssen, scheint in der Hauptstadt der Provinz Schantung, in Tsinanfu, wieder etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Die Japaner halten eine Abwehrstellung in einem Teile der Stadt besetzt, während die chinesischen Südtruppen sich nach wie vor äußerst angriffslustig gebärden. Es hat sogar den Anschein, als ob die feindlichen Brüder, der Norden und der Süden, angesichts des Eingreifens der Japaner, sich vereinbaren und gemeinsam gegen den verhaßten Eindringling wehren würden. Wenigstens lassen darauf die Sympathiekundgebungen des Nordens und eine Protestnote aus Peking, dem Sitz der Nordregierung, an die japanische Adresse schließen.

Japaner und Chinesen melden natürlich, wie üblich, gleichermaßen von Greueltaten in Tsinanfu. Die Chinesen behaupten, daß japanische Soldaten den Fremdenkommissar und seinen Stab ermordeten und verstümmelten; die Japaner behaupten, daß die Chinesen japanische Frauen schändeten und ermordeten.

Nach einer der deutschen Gesandtschaft in Peking zugegangenen zuverlässigen Meldung befinden sich die deutschen Reichsangehörigen und der deutsche Konsul in Tsinanfu wohl. Das deutsche Hotel Stein ist geplündert worden. In Peking selbst ist alles ruhig.

Nationale Zusammenarbeit.

Mahnung Dr. Stresemanns an das besetzte Gebiet.

In der Stadthalle zu Mainz fand eine vaterländische Kundgebung statt, in der Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen nationalen Appell an die Bevölkerung des besetzten Gebietes richtete. Er stellte die Forderung auf, daß es im besetzten Gebiet keine politischen Kämpfe und keine nationalen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien geben dürfe; das Deutsche und das Vaterland hätten im Vordergrunde zu stehen. Der Aufstieg sei nicht von einer Partei abhängig. In der Politik die in Deutschland immer von vielen Parteien beherrscht sein werde, sei eine nationale Zusammenarbeit eine dringende Notwendigkeit. Was wäre aus dem Rheinland geworden, wenn wir den Glauben an dem allmählichen Aufstieg und an ein langsames Besserwerden im besetzten Gebiet nicht gehabt hätten?

Es ist eine der schlimmsten Verdächtigungen, die uns von den Herern jenseits des Rheins vorgeworfen wird, daß Deutschland das Land der „Revanche" sei und ernsthaft nicht daran denke, die Verträge einzuhalten. Niemand in Deutschland aber denkt daran, eine Veränderung der Grenzen mit Gewalt herbeizuführen. Friedliche Verständigung und ehrlicher Wettbewerb soll das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sein. Der Gedanke des Friedens ist inzwischen in Deutschland und Frankreich Allgemeingut geworden. An diesem Gedanken arbeiten alle ernsten und friedensbereiten Männer.

Das Vertrauen muß aber zwischen den Gegenvertrauen begründet sein. Man kann nicht vom Völkerbund als dem großen Menschheitsziel und dem Idealgedanken der Völkerversöhnung sprechen, solange noch ein Völkerbundstaat seine Truppen auf dem Boden eines anderen hat.

China will den Völkerbund anrufen.

Neue japanische Truppen unterwegs.

In Nanking, dem Sitz der südchinesischen Regierung, ist man augenblicklich dabei, eine Protestnote an den Völkerbund gegen das japanische Vordringen auf chinesischem Boden vorzubereiten. Aus Tokio wird berichtet, der japanische Generalstab habe mit Zustimmung der Regierung die Entsendung von weiteren 15 000 Mann nach Schantung angeordnet. Gleichzeitig hat das japanische Flugzeugmutterschiff „Notoro", das 40 Flugzeuge aufnehmen kann, Befehl erhalten, nach Tsingtau auszulaufen.

Deutsche Ansprüche im Haag.

Für die Liquidationsgeschädigten.

Im Haager Friedenspalast begann das zweite Schiedsgerichtsverfahren in Sachen der Auslegung des Dawes-Planes. Zur Entscheidung steht bekanntlich die Frage, ob und inwieweit die Reinerlöse deutscher Privatgüter, Rechte und Interessen, die von den alliierten Mächten liquidiert worden sind oder werden, gemäß den Bedingungen des Versailler Friedensvertrags auf die nach dem Sachverständigenplan zu leistenden deutschen Jahreszahlungen anzurechnen sind. Würde das Recht der Verrechnung auf die Jahreszahlungen anerkannt, so könnten die gewonnenen Summen den kriegsbeschädigten Auslandsdeutschen zufließen.

Der Sachwalter der deutschen Regierung, Professor Kaufmann, legte den deutschen Standpunkt dar. Sein Plädoyer schloß mit der Feststellung, daß die Annahme der Reparationskommission, das deutsche liquidierte Eigentum sei mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages (10. Januar 1920) verloren, unrichtig und unhaltbar sei. Die Alliierten hätten durch den Versailler Friedensvertrag überhaupt keine Einbehaltungsbefugnisse, sondern nur Pfandbefugnisse erhalten. Professor Kaufmann betonte, daß der deutschen Regierung an einer endgültigen Bereinigung des Streitfalls gelegen sei.

Es fällt bei der Verhandlung auf, wie sehr die Parteien bemüht sind, Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen und aus dem Prozeß nicht einen nachträglichen Streit zwischen ehemaligen Kriegsgegnern zu machen. Man hofft auf baldige Fällung des Urteils.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Zweckloſe Bewerbungen beim Reichsverkehrsministerium.

Beim Reichsverkehrsministerium in Berlin laufen neuerdings wieder zahlreiche Bewerbungen um Verwendung beim Bau und der Unterhaltung von Reichswasserstraßen ein. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die Auswahl und Einstellung von Hilfskräften für den Bau und die Unterhaltung von Reichswasserstraßen zu den Aufgaben der damit betrauten Länderbehörden gehört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280510-13/fragment/page=0001

Die Finanzlage des Reiches macht übrigens eine Einschränkung der Bautätigkeit notwendig, so daß sogar langjährig in der Reichswasserstraßenverwaltung bewährte Angestellte entbehrlich werden, für deren anderweitige Unterbringung auf Grund tariflicher Bestimmungen in erster Linie zu sorgen ist. Bewerbungen beim Reichsverkehrsministerium müssen bei dieser Sachlage als aussichtslos bezeichnet werden.

Aufgelöste Gutsbezirke in Preußen.

Die Auflösung von 12 000 Gutsbezirken in Preußen mit eineinhalb Millionen Einwohnern hat eine Fülle Arbeit gebracht, da innerhalb weniger Monate das im Dezember 1927 beschlossene Gesetz durchgeführt werden soll. In der Provinz Sachsen gab es bisher 1095 Gutsbezirke und es sind von hier aus eine Menge Vorschläge an das Ministerium des Innern weitergeleitet worden. Die provinzial-sächsischen Gutsbezirke werden bis auf wenige Sonderfälle aufgelöst. Bei Hunderten von Fällen waren übrigens alle Beteiligten einig. Manche Gutsbesitzer haben ihr Einverständnis bekundet; andere haben keine Erklärung abgegeben.

Es bleibt beim Schrotausfuhrverbot.

Von amtlicher Seite wird gegenüber anderslautenden Meldungen mitgeteilt, das Reichswirtschaftsministerium beabsichtige nicht, das Schrotausfuhrverbot aufzuheben, weil auch andere Länder nicht mit dieser Absicht umgehen. Das Ministerium will auch die bisher vorgeschriebene Ausfuhrmenge nicht von 5000 auf 50 000 erhöhen. Ebenso sind vom Ministerium keine Einladungen zu einer Besprechung in Berlin ergangen.

Frankreich.

Poincaré für Annäherung der Völker.

In Bar-le-Duc (Lothringen) hielt Poincaré seine dritte große Rede während seiner jetzigen Reise. Er wendete sich den innenpolitischen Fragen zu und gab gleichsam sein Programm bekannt. Nach einem kurzen Rückblick auf die Wahlen wies Poincaré darauf hin, wie wichtig eine kluge Vorsicht in allen Fragen der Wirtschaft und Finanz sei, da wirtschaftliche und finanzielle Fragen noch während mehrerer Jahre die ganze französische Politik beherrschen würden. Die finanzielle Gesundung sei ohne die ökonomische undenkbar. Daher werde die Kammer versuchen müssen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion des Landes zu erhöhen. Andererseits dürfe eine Regierung auch in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten die sozialen Reformen nicht aus den Augen lassen. Frankreich habe nur den einen Wunsch, zur Stärkung des Weltfriedens beizutragen. In dieser Gegend, die noch die Spuren der offenen Kriegswunden zeige, wünsche ein jeder aus vollem Herzen die aufrichtige Annäherung aller Völker, insbesondere aber der europäischen.

Rußland.

Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure.

Den verhafteten deutschen Ingenieuren in Rußland wurde die Überreichung der Anklageschrift für die nächsten Tage zugesagt, so daß mit Einhaltung des für die zweite Maihälfte festgesetzten Prozeßtermins zu rechnen ist. Als Verteidiger kommen die drei von der deutschen Vertretung vorgeschlagenen Mitglieder des Anwaltskollegiums Dolmatowski, Ozep und Worms in Frage, die sämtlich die deutsche Sprache vollkommen beherrschen. Rechtsanwalt Munte, Braunschweig, der Rechtsbeistand der deutschen Ingenieure, reiste nach Moskau ab. Dort wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, die besagt: „Die 53 Angeklagten in der Schachtbangelegenheit, die der wirtschaftlichen Gegenrevolution beschuldigt werden, sind dem Gericht übergeben worden. Eine Reihe der Angeklagten hat die Zugehörigkeit zu einer gegenrevolutionären Organisation eingestanden, deren in Charkow befindliche Zentrale von ehemaligen Grubenbesitzern und einigen ausländischen Firmen, darunter auch Knapp und A. E. G., finanziert wurde." — Die A. E. G. in Berlin teilt dazu mit, diese letzte Behauptung sei eine reine Erfindung.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung der Hauswirtschaftlichen Vereinigung, die zurzeit eine Tagung im Zusammenhang mit der Ernährungsausstellung abhält. Es ist dies das erstemal, daß der Reichspräsident eine Abordnung von Frauen empfing.

Schwerin. Nach einer amtlichen Mitteilung des mecklenburgischen Finanzministeriums werden die am 15. Mai fälligen Landessteuern des Jahres 1928 zinslos bis zum 15. Juni gestundet.

München. Der Reichspräsident von Hindenburg wird am 4. September der Grundsteinlegung des Studiengebäudes des Deutschen Museums beiwohnen.

Paris. Es gilt für so gut wie sicher, daß der Minister des Äußern, Briand, der sich in der Nekonvaleszenz befindet, nicht an der Völkerbundratstagung im Juni teilnehmen wird.

London. Das Unterhaus nahm den Gesetzentwurf, der den Frauen in gleicher Weise wie den Männern vom 21. Lebensjahre ab das Stimmrecht gewährt, ohne Debatte in dritter Lesung an.

Aus der Umgegend

Nebra, 10. Mai.

Die drei „gestrengen Herren".

Jedes Jahr um diese Zeit spricht man von ihnen mit einigem Bangen und es ist, als wenn man sich mitten im wunderschönen Monat Mai von neuem auf den Winter vorbereiten müßte. Es sind die berüchtigten maiischen Kälterückfälle, um die es geht, und es ist da wirklich nicht zu spaßen, denn es gibt das wirklich, und die „gestrengen Herren" sind nicht etwa bloß eine abergläubische Vorstellung ängstlicher Gemüter. Mamertus, Pankratius und Servatius heißen die drei Gestrengen, die man auch die drei Eismänner oder Eisheiligen nennt, aber sie sind an den Kälterückfällen ganz unschuldig und haben damit nur insofern etwas zu tun, als ihre kirchlichen Heiligentage in die Zeit vom 11. bis 13. Mai, wo man die Rückkehr winterlicher Kälte erwartet, fallen. Hier und da gibt man auch einen vierten „gestrengen Herrn" zu, indem man den 14. Mai noch als verdächtig bezeichnet. Es kommt natürlich oft vor, daß nach einer Reihe warmer Tage wieder kühlere Witterung eintritt. Der Juni zum Beispiel, also die Zeit, in der wir kalendermäßig Sommer feiern, hat es stark in sich, und Temperaturerniedrigungen sind gerade in diesem Monat sehr häufig. Warum nun achtet man der Kälterückfälle des Junimonats so wenig? Das ist nicht schwer zu erklären: im Juni herrschen schon höhere Temperaturen, so daß selbst bei einem kräftigen Kälterückfall ein Sinken der Temperatur unter den Frostpunkt ausgeschlossen ist. Im Mai aber sind die Temperaturen noch nicht so hoch, daß bei einem Kälterückfall ein Sinken der Temperatur bis auf oder unter den Gefrierpunkt unmöglich wäre. Nur darum erscheinen uns die maiischen Nachtfröste, die der Vegetation großen Schaden bringen können, schlimmer als andere Kälterückfälle. Zum Glück treten nicht in jedem Jahre solche Kälterückfälle ein, und außerdem brauchen sie durchaus nicht immer in die Zeit zwischen dem 11. und dem 14. Mai zu fallen: sie können sich verfrühen und können sich verspäten, und man hat trotz eingehender Untersuchungen noch nichts über das Warum und Wieso herausgebracht. Das ist das, was über die „gestrengen Herren", die, wie alle „gestrengen Herren", Gott sei Dank! nicht lange regieren, zu sagen ist.

— **Beherzigenswerte Worte** an die Eltern der nächste Ostern zur Einsegnung kommenden Kinder richtet im Anzeigenteil der heutigen Nummer der Gemeindekirchenrat. Es betrifft den Konfirmandenunterricht, der von vielen Eltern als Nebensache angesehen wird, obwohl sie andrerseits den Wunsch hegen, daß ihre Kinder als vollgültige Mitglieder am Einsegnungstage in die christliche Glaubensgemeinschaft aufgenommen werden. Auch hier trifft die Losung zu: „Ohne Fleiß kein Preis". Die evangelische Kirche kann nur solche Mitglieder in ihre Reihen aufnehmen, die wenigstens das Wesentlichste der christlichen Religion nicht nur gelernt, sondern auch in sich aufgenommen haben, d. h. deren Charakterbildung sich den Geboten der Kirche anpaßt. Die heute fast täglich sich ereignenden Jugendkatastrophen geben zu denken und die Eltern, die dereinst einmal wahre Herzensfreude an ihren Kindern ernten wollen, müßten darüber nachdenken, ob die in den letzten Jahren geübte Methode, „die Kinder sich ausleben zu lassen", der richtige Weg war, oder ob wir den Kindern wie früher, als wir älteren Leute noch die Kinderschuhe trugen, die christlich-sittliche Moral als Rüstzeug auf den späteren Lebensweg mitgeben wollen.

— **Goldene Hochzeit.** Wie wir bereits berichteten, war es den Gottfried Rinkleib'schen Eheleuten vergönnt, am Montag, umgeben von einem lieblichen Kranz Kinder und Enkelkinder, das schöne Fest der Goldenen Hochzeit zu begehen. Anläßlich dieses frohen Familientages wurde dem Jubelpaar im Auftrage der preußischen Regierung ein Gnadengeschenk von 50 RM. und seitens der kirchlichen Gemeinde durch den Gemeindekirchenrat eine Jubiläumsbibel und ein Ehrendiplom überreicht.

— **Noch eine Wählerversammlung.** Zu den für nächsten Sonntagabend bereits angesetzten zwei Wählerversammlungen (im „Schützenhaus" und im „Weißen Roß") kommt noch eine dritte Versammlung im „Ratskeller". Es spricht hier ein Redner für die **Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei.**

— **Oeffentliche demokratische Wahlversammlung.** Von demokratischer Seite wird uns mitgeteilt, daß am Sonntagabend im „Schützenhaus" der Spitzenkandidat der demokratischen Partei des Wahlkreisverbandes Merseburg, **Malermeister Andreas aus Nordhausen,** über „Mittelstandspolitik" sprechen wird. An erster Stelle des demokratischen Wahlvorschlages steht sowohl für den Reichstag als auch für den Landtag Handelsminister Dr. Schreiber. Da dieser aber erklärt hat, daß er bei erfolgter Wahl für beide Parlamente nur ein Mandat annehmen wird, so zieht Herr Malermeister Andreas, der auf beiden Wahlvorschlägen an 2. Stelle steht, entweder in den Reichstag oder in den Landtag ein. Kein Handwerker sollte versäumen, sich den Vortrag dieses Kollegen anzuhören, denn Herr Andreas ist eine Autorität auf dem Gebiete der Handels- und Gewerbepolitik. Das ist schon daraus ersichtlich, daß er Mitglied des Mitteldeutschen Handwerkerbundes ist, ferner Mitglied der Handwerkskammer, Vorstandsmitglied des Verbandes Thüringer Gewerbevereine, Vorsitzender des Vereins für Handel und Gewerbe in Nordhausen und Mitglied des wirtschaftlichen Gesamtausschusses des Hansabundes. In der freien Aussprache kann jeder Handwerker seine Klagen über Wirtschafts- und Steuerpolitik vorbringen und man wird in Herrn Andreas einen tatkräftigen Vertreter des Mittelstandes kennen lernen. Ferner wird Herr Handelsminister Dr. Schreiber, der leider bei der großen Ausdehnung des Wahlkreises nicht überall persönlich sprechen kann, durch eine Gramophonplatte zu den Besuchern der Versammlung sprechen.

— **Sport.** Am Sonntag, den 6. 5. nahmen 2 Mitglieder der Nebraer Sportvereinigung von 1924 an den Erstlings-, Anfänger- und Junioren-Wettkämpfen des Saalegaues in Neu-Rößen teil. Beide Teilnehmer schnitten verhältnismäßig gut ab; so konnte z. B. W. Liebetruth im Kugelstoßen der Junioren die 15 Pfd.-Kugel 9,21 m weit stoßen und damit den I. Preis erringen. O. Köbel errang im Kugelstoßen der Erstlinge den I. Preis und im Weitsprung derselben Klasse den II. Preis. Beide belegten außerdem im 100 m-Lauf, Diskuswerfen usw. noch einige gute 3. und 4. Plätze. Es war starke Konkurrenz aus Merseburg, Mücheln, Neu-Rößen und Groß-Kayna da.

— **Postalisches.** Postsendungen für Fremde in Kurorten und Sommerfrischen erleiden oft Verspätungen, weil die genaue Wohnungsangabe in der Aufschrift fehlt und die Polizeibehörde wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung keine Auskunft geben kann. Es liegt daher im Nutzen der Fremden selbst, daß sie sofort nach der Ankunft ihre Wohnung der Postanstalt des Kurorts mitteilen. Zur weiteren Erleichterung und Beschleunigung des Postverkehrs empfiehlt es sich, eine gleiche Mitteilung allen Personen, mit denen Briefwechsel unterhalten wird, und außerdem der Postanstalt am Heimatsort zugehen zu lassen, damit bei dieser die Wohnung auf den nachzusendenden Postsachen vermerkt werden kann. Für Nachsendungsanträge sind möglichst die amtlichen Vordrucke zu benutzen, die an den Schaltern und von den Zustellern zur Abgabe bereitgehalten werden.

— **Der Kyffhäusergau am Sonntag.** Die Lehrgangstätigkeit nahm auch am vergangenen Sonntag im Gau ihren Fortgang. So fand in Sangerhausen eine Gauleihrstunde unter Leitung von Gauoberturnwart Zietz statt, die die Turner und Vorturner der Bezirke Sangerhausen, Artern, Eisleben und Mansfeld in schöner Anzahl bei fleißigem Ueben zusammenfah. — Eine Bezirkslehrstunde fand für die Turnerinnen des Nordhäuser Bezirks in Nordhausen bei leider nur schwachem Besuch statt. Der Drang ins Freie war wohl diesmal größer als intensive Lehrgangsarbeit in der Halle. — Eine Bezirksvortumerstunde in Greußen vereinigte die Turner des Turnbezirks Sondershausen und in Stolberg gab es ein Treffen der Hallischen Schwimmer mit den Stolberger und Nordhäuser Turnern. — Die Faustballspiele begannen mit dem ersten Maisonntag auf der ganzen Linie der deutschen Turnkreise, so auch im Kyffhäusergau. Ueberall herrschte reges Leben, besonders in den größeren Städten des Gaues. Die Ergebnisse fielen erwartungsgemäß — da das nötige Ueben fehlte — hoch aus, dürften aber bereits in den nächsten Spielen eine erhebliche Reduzierung erfahren.

— **Die Zersplitterung im Wahlkreis Merseburg.** Beim Wahlleiter des Wahlkreises Merseburg (Regierungsbezirk Merseburg) sind, wie verlautet, nicht weniger als 19 Wahlvorschläge eingegangen.

Stöbnitz bei Merseburg. [Sturz aus zwölf Meter Höhe.] In der Zuckerfabrik stürzte der Arbeiter Arthur Friedland von einem zwölf Meter hohen Gerüst herunter. Schwerverletzt brachte man ihn ins Merseburger Krankenhaus.

Sangerhausen. Der Um- und Erweiterungsbau des Krankenhauses, der nun ziemlich fertiggestellt ist, hat die ansehnliche Summe von 252 800 Mark gekostet, obwohl der gesamte Bau von vornherein mit nur 145 000 Mark veranschlagt war. Im Laufe der Bauperiode machten sich aber noch eine ganze Anzahl Aenderungen notwendig, u. a. eine Erneuerung des gesamten alten Baues. Zur Deckung dieser Kosten wurde jetzt von der Stadtverordnetenversammlung der Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 130 000 Mark zugestimmt. Nach dem Bericht des Dr. Schmidt ist es erforderlich, daß die Stadt Sangerhausen ein solch zeitgemäßes Krankenhaus für die Stadt und damit auch für den Kreis Sangerhausen schuf. Von der Aerzteschaft des Kreises Sangerhausen ist dieser Bau, der vorbildlich ist und nun auch allen Anforderungen genügen kann, mit Freuden begrüßt worden.

Kleinkamsdorf. [Ertrunken.] Das Opfer eines eigenartigen Unglücks wurde hier eine in den vierziger Jahren stehende Frau. Sie war vormittags am Dorfteiche mit Graswaschen beschäftigt. Plötzlich wurde sie, wie schon öfters, von Krämpfen befallen und stürzte ins Wasser. Erst eine Stunde später wurde das Verschwinden bemerkt. Die Frau konnte nur als Leiche geborgen werden.

Erfurt. Hier befuhr ein Radfahrer den Friedrich-Wilhelmplatz in Richtung Kettenstraße. Dabei blieb er in der Weiche der Straßenbahnschienen hängen und fiel direkt vor die Straßenbahn, welche den Friedrich-Wilhelmplatz in Richtung Marktstraße befuhr, wurde aber von der Fangvorrichtung der Straßenbahn aufgefangen. Verletzungen hat er nicht davongetragen.

Nah und Fern

○ **Bunte Brücken.** Bei Stettin war infolge einer Gleisverlegung der Bau zweier neuer großer Eisenbahnbrücken über die Ost- und Westoder hinüber erforderlich geworden. Die beiden dreiteiligen Brücken sind hellblau und meergrün gestrichen, so daß die landschaftliche Wirkung sehr reizvoll ist.

○ **Kindliche Unvorsicht.** In Bunzlau spielten am Mühlengraben mehrere Kinder. Ein etwa 12jähriger Junge wollte daran teilnehmen, stieß aber auf Widerstand und stieß aus Ärger darüber einen achtjährigen Spielkameraden ins Wasser. Der Kleine ertrank.

○ **Ein gefährlicher Brandstifter verhaftet.** In Leobschütz wurde ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener, der zurückgeblieben ist und bei verschiedenen Landwirten als Knecht beschäftigt war, unter dem Verdacht verhaftet, der Urheber der in den letzten sechs Wochen außerordentlich häufig aufgetretenen Scheunenbrände zu sein.

○ **Blutiat und Selbstmord im Verfolgungswahnsinn.** Als ein Arbeiter in Immenstadt von der Arbeit nach Hause zurückkehrte, fand er seine seit längerer Zeit an Verfolgungswahnsinn leidende Frau am Bettpfosten erhängt vor. Vorher hatte sie ihrem 13 Monate alten Söhnchen mit einem Handbeil schwere Kopfwunden beigebracht, während ein vierjähriges Mädchen sich durch die Flucht zu einem Nachbarn vor der Mutter retten konnte.

⊙ **Ein sechsjähriger Lebensretter.** Wie aus Dijon gemeldet wird, verlor ein fünfjähriges Mädchen beim Spielen mit einem sechsjährigen Knaben am dortigen Verbindungskanal das Gleichgewicht und fiel in den Kanal. Mutig stürzte der sechsjährige Junge seiner Spielgefährtin nach und rettete sie unter Gefährdung des eigenen Lebens. Dem kleinen Lebensretter wurden von der Bevölkerung lebhafte Kundgebungen bereitet.

⊙ **Ein U-Boot taucht bis 101 Meter.** Das italienische Unterseeboot „Balilla" hat bei einem in der Nähe von Spezia vorgenommenen Tauchversuch eine Tiefe von 101 Metern erreicht, in der es eine Stunde lang blieb. Das ist eine neue Höchstleistung für U-Boote, oder, besser gesagt, „Tiefstleistung".

⊙ **Königin Turaja bestohlen.** An der russischen Grenze sind zwei Koffer der Königin von Afghanistan, die Kleider mit Spitzen von hohem Wert enthielten, entwendet worden. Der Diebstahl ist erst in Moskau festgestellt worden.

⊙ **Vulkanausbrüche in Niederländisch-Indien.** Der Inselvulkan Krakatau ist wieder in heftiger Bewegung. Allein an einem Tage wurden von der meteorologischen Beobachtungsstation auf der in der Nähe des Vulkans gelegenen Insel Lang Eiland nicht weniger als 2606 Ausbrüche und 163 Wasserfontänen wahrgenommen.

Bunte Tageschronik

Hannover. In Lübbecke (Westfalen) erschoß ein 20jähriger Bäckergeselle ein 22jähriges Hausmädchen, das vor einiger Zeit das Verlöbnis mit ihm aufgelöst hatte. Der Mörder entleibte sich dann selbst.

Moskau. Auf der Wolga in der Nähe von Twer kenterte ein Boot, das mit 24 Bauern besetzt war. 12 Personen sind ertrunken.

Newyork. In Ligon Floyd kam es bei einem Tanzvergnügen zu einer schweren blutigen Schießerei, in deren Verlauf vier Personen getötet worden sind.

30 Wahlvorschläge für Preußen.

Berlin. Im Statistischen Landesamt fand unter Vorsitz des Oberregierungsrates Sänger die Feststellung der Wahlvorschläge für die preußischen Landtagswahlen durch den Landeswahlausschuß statt. Eingegangen sind im ganzen 30 Wahlvorschläge (im Jahre 1921: 12, im Jahre 1924: 16).

Berlin baut 12 000 Wohnungen.

Berlin. Der Arbeitsausschuß der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. hat beschlossen, die Hauszinssteuermittel für 12 000 Wohnungen sofort zu verteilen, und zwar sowohl an gemeinnützige und städtische Gesellschaften als auch an private Bauherren. Irgendeine Unterbrechung in der Versorgung des Baumarktes mit Aufträgen ist nicht eingetreten, weil aus dem Bauprogramm 1927 — abschließend mit dem 31. März 1928 — erst in der Zeit von Januar bis April d. J. rund 10 000 Wohnungen in Gang gesetzt worden sind.

Hansestädtischer Notrat gegen Überbesteuerung.

Hamburg. Die großen Wirtschaftskammern der Städte Hamburg, Lübeck, Bremen und Harburg-Wilhelmsburg veröffentlichen einen Aufruf, der sich für die Verminderung der der Wirtschaft auferlegten Lasten einsetzt und auf die schweren Folgen bei Fortsetzung der bisher geübten Politik hinweist. Die Forderungen auf Ermäßigung der Steuern, auf Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und auf Erfüllung sozialer und kultureller Aufgaben nur im Einklang mit den Mitteln eines verarmten Landes seien wirtschaftliche Notwendigkeiten.

Der Streik in der deutschen Rheinschiffahrt.

Rotterdam. Der Rotterdamer Hafen wird nunmehr, wenn auch indirekt, von dem Streik des deutschen Rheinschiffahrtspersonals in Mitleidenschaft gezogen. Infolge starken Ansteigens der Frachtsätze für Kohlen- und Erztransporte und einer geringen Erhöhung der Schlepptarife haben die holländischen Reedereien bisher aus der Stillegung der deutschen Rheinflotte Nutzen ziehen können. Jetzt haben jedoch die Erzverschiffungen stark abgenommen, und auch der Transitverkehr droht zurückzugehen, da bereits verschiedene Seeschiffe, anstatt ihre Ladungen in Rotterdam zu löschen, nach den deutschen Nordseehäfen durchgefahren sind. Man befürchtet, daß auch andere Schiffe wegen der Schwierigkeiten, die sich bei der Löschung der Ladungen in den deutschen Rheinhäfen ergeben, deutsche Nordseehäfen anlaufen werden. Die holländischen Tochterunternehmungen deutscher Reedereien haben ihre Schiffe inzwischen ebenfalls aus der Fahrt nehmen müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280510-13/fragment/page=0002

Der Autonomistenprozeß.

Rechtsanwalt Fournier kehrt zurück.

Die zweite Prozeßwoche begann mit einer Überraschung: der für einen Monat ausgeschlossene Rechtsanwalt Fournier erschien wieder im Saale und nahm auf der Verteidigerbank Platz, ohne vom Vorsitzenden daran gehindert zu werden. Das ist so zu erklären, daß Fournier sofort gegen seine Ausschließung Beschwerde erhoben hat und daß durch diese Beschwerde der Ausweisungsbeschluß einstweilen suspendiert wird. Verlesen wurde ein Telegramm der Pariser Anwaltskammer, in dem betont wird, daß in vielen politischen Prozessen schon ganz anderes gesagt worden ist als das, was Fournier gegen Poincaré gesagt habe.

Nach diesem Eröffnungsgeplänkel erhielten die Angeklagten der Reihe nach das Wort zu Erklärungen über die ihnen zur Last gelegte Beteiligung an einem Komplott gegen den Französischen Staat. Fast alle gaben ihre Erklärungen in „Elsässer Dütsch" ab. Sie verwahrten sich energisch gegen die Unterstellung, daß sie von irgendeiner deutschen Stelle Geld erhalten hätten, um sich gegen Frankreich zu verschwören, und der neugewählte Abgeordnete Rossé betonte ausdrücklich, daß er mit vollster Loyalität die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich anerkannt habe.

Beginn der Zeugenvernehmung.

Es erschien dann als erster Zeuge der von der Staatsanwaltschaft geladene Polizeikommissar Bauer, der früher deutscher Polizeikommissar und nach dem Waffenstillstand Leiter der Spionageabteilung der französischen Polizei im Elsaß war. Er schilderte die ersten autonomistischen Strömungen, die sich im Elsaß vor und nach dem Waffenstillstand aufgetan und die die Rückführung Elsaß-Lothringens zu Deutschland zum Ziele gehabt hätten. Der Straßburger Bürgermeister und spätere Statthalter Schwander habe mit allen Mitteln gegen eine Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich gekämpft. Ende 1918 habe Schwander mit 63 elsässischen Männern den Elsässischen Bund gegründet. Als die französischen Truppen eine weitere Tätigkeit des Bundes im Elsaß verhindert hätten, hätten sich die Führer der Organisation auf deutschen Boden begeben.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge Graf Jean de Pange, früher bei der Rheinlandkommission, betonte, daß Dr. Ricklin in einer Unterredung im Dezember 1918 keinerlei separatistische Ideen gezeigt habe. Er habe auch nicht den Eindruck eines Gegners Frankreichs gemacht. Die Loyalitätserklärung, die Ricklin während des Krieges als Präsident des Elsässischen Landtages abgegeben habe, verstehe er vollkommen; sie sei unter dem Druck der allgemeinen Lage erfolgt und nicht als eine Erklärung gegen Frankreich aufzufassen.

Die Vernehmung des Zeugen Bauer — es handelt sich übrigens nicht um den gleichnamigen früheren Straßburger Polizeikommissar, sondern um einen Mann, der als französischer Überläufer den Krieg auf französischer Seite mitgemacht hat und jetzt Leiter der politischen Polizei in Straßburg ist — wird fortgesetzt. Da sie sich immer umfangreicher gestaltet, richtet einer der Geschworenen an den Vorsitzenden die Bitte, den Zeugen nicht so weitschweifig aussagen zu lassen.

Bauer bezeichnet das zeitliche Zusammentreffen zwischen der Gewährung einer Reichssubvention von 20 Millionen Mark an den Saarindustriellen Röchling mit der Gründung der „Zukunft" als Beweis dafür, daß von diesen 20 Millionen Gelder nach dem Elsaß geflossen sein müßten. Einer der Verteidiger legt darauf eidesstattliche Erklärungen Röchlings und des in diesem Zusammenhange gleichfalls verdächtigten Barons von Gemmingen vor, in denen beide Herren versichern, daß sie mit der autonomistischen Bewegung im Elsaß niemals etwas zu tun gehabt hätten. Der Vorsitzende geht aber gar nicht darauf ein und läßt Bauer weiterreden. Er stellt Behauptungen auf, über die sogar die Geschworenen lächeln müssen, und zweifelt schließlich die Glaubwürdigkeit und Ehrenhaftigkeit des Angeklagten Dr. Ricklin an. Seine Ausführungen sind von dem offensichtlichen Bestreben getragen, die Angeklagten als Separatisten und Staatsverräter hinzustellen.

Poincaré zitiert Kant.

Allgemeine Heiterkeit erregte ein Bericht über die letzte Sitzung des Kolmarer Generalrates, in der der im Prozeß mehrfach erwähnte Präfekt von Kolmar eine Rede mit einem „Zitat des großen Lothringers", womit Poincaré gemeint ist, geschlossen habe. Dieses Wort lautet: „Es gibt nur zwei prächtige Dinge im All, der gestirnte Himel über mir und mein Gewissen in mir." Das schöne Wort stammt aber nicht von dem „großen Lothringer Poincaré", sondern von dem ein bißchen größeren Königsberger Immanuel Kant, was die deutschsprachige Kolmarer Presse dem Präfekten freundlich zu Gemüte führt.

Ein neuer Zwischenfall.

Nach dem komischen Intermezzo gibt es wieder einmal einen ernsten Zwischenfall. Der Generalstaatsanwalt überreicht plötzlich dem Vorsitzenden eine Mappe mit Dokumenten, die neues, der Verteidigung bisher nicht bekannt gewesenes Anklagematerial darstellen. Auf Namen der gesamten Verteidigung erklärt Rechtsanwalt Berthon, daß hier ein Rechtsbruch vorliege. Die Verteidigung werde diejenigen Beamten, welche sich der Übertretung der Gesetzesbestimmungen schuldig gemacht hätten, vor den Gerichtshof laden.

Schnupfen im Mai.

Maiensonne und Maienblüte locken mit Recht jung und alt hinaus ins Freie, um Körper und Seele in Licht und Luft und Sonne zu baden. Das letzte, was noch an den Winter erinnert, Pelz und Winterkleider, werden eiligst in die Schränke gesperrt und selbst der Sommermantel wird auf der üblichen Maiwartie meist zu Hause gelassen. Allein die Maiensonne hat ihre Tücken und auch der Sonnenschein trügt! Während mittags die Temperaturen leichte Sommerkleidung durchaus gestatten, pflegen im Mai die Morgen- und Abendstunden oft noch recht kühl zu sein und die Folge allzu leichter Bekleidung ist gewöhnlich ein solider Schnupfen. Nicht selten läßt sich auch der Maiwanderer verlocken, kurze Rast auf einem Felsstein oder einer grünen Wiese zu machen. Auch diese kleine Sünde muß man meist mit einem Schnupfen oder Rheumatismus büßen, denn die Sonne hat den Stein sowohl wie auch das Erdreich noch nicht genügend durchwärmt. Nun ist ja ein Schnupfen glücklicherweise kein ernstes Leiden, aber er trübt uns doch die rechte Maienfreude, beeinträchtigt unsere Leistungsfähigkeit und wächst sich nicht selten zu einem schweren Erkältungskatarrh aus. Darum ist Vorsicht mindestens geboten.

Aber auch die Maienblüte kann unter Umständen unserer Gesundheit gefährlich werden. Manche Menschen werden, wenn sie den feinen Blütenstaub bestimmter Gräser oder Getreidearten einatmen, vom sogenannten Heuschnupfen befallen. Dabei handelt es sich stets um Personen, die gegen Blütenstaub eine besondere Überempfindlichkeit besitzen. Diese äußert sich im Auftreten von entzündlichen Erkrankungen besonders der Schleimhaut des Auges, der Nase und der Luftröhre und führt zu Bindehautkatarrh, Schnupfen und Luftröhrenkatarrh bzw. zu asthmatischen Zuständen. Nicht selten tritt auch Fieber, das sogenannte Heufieber, dabei auf. Die ärztliche Wissenschaft hat sich seit Jahrzehnten darum bemüht, diesen armen Menschen, denen ihr Leiden die Freude an der schönsten Jahreszeit vergällt, zu helfen. Das sicherste Mittel ist und bleibt dabei wohl der Aufenthalt an der See oder zum mindesten in einer Gegend, wo es keinen Blütenstaub und keine Pollen gibt. Da aber bei weitem nicht jeder in der Lage ist, eine solche Reise zu machen, hat man versucht, durch Behandlung mit bestimmten Pollenextrakten sowie durch verschiedene Medikamente dieser Art Kranken zu helfen. Ist das Leiden bereits ausgebrochen, dann vermag ärztliche Kunst es mindestens zu mildern. Ein voller Erfolg ist indessen nur dann zu erwarten, wenn der Kranke schon mehrere Wochen vor Eintritt der Blütezeit in sachgemäße ärztliche Behandlung tritt und diese bis über die Blütezeit hinaus durchführt. Es brauchen also heutzutage auch die Heuschnupfenkranken sich nicht mehr die Freude am Frühling trüben zu lassen und alle anderen Maiausflügler werden gutmun, es, wenn auch in abgeschwächter Form, mit dem alten deutschen Spruch zu halten:

„Ein deutscher Mann von rechter Art
Trägt seinen Pelz bis Himmelfahrt!"

Der Schlaf des Kindes.

Von G. Reimer.

In der Inflationszeit, die ja noch mit ihren Schrecken in unser aller Erinnerung ist, haben die Ärzte festgestellt, daß die mangelnde Ernährung, die damals unsere Gesundheit schädigte und sich zumeist an dem Gedeihen unserer Kinder rächte, wesentlich unwirksamer blieb, wenn man ihr ein Mehr an Schlaf entgegenstellte. Man suchte also den Kleinen das, was man ihnen an guter Kost versagen mußte, durch ein vermehrtes Quantum Schlaf zu ersetzen und — siehe da, man hatte wirklich Erfolg. Daraus erhellt, welch wichtiger Faktor im Leben der Schlaf ist. Demgegenüber darf nicht übersehen werden, daß das Schlafbedürfnis bei den einzelnen Kindern ein recht verschiedenes sein kann. Jede Mutter wird aber ein Urteil darüber haben, wieviel Schlaf ihr Kind nötig hat, und dementsprechend wird sie für das nötige Maß sorgen. Wenn Kinder nicht schlafen wollen, so ist das durchaus kein Beweis dafür, daß sie keinen Schlaf brauchen. Zuwenig Schlaf wird bei ihnen eine Reizbarkeit, eine Nervosität zur Folge haben, die uns eben erkennen läßt, daß die subjektive Beurteilung seitens des Kindes nicht maßgebend sein darf. Ein Säugling soll des Nachts dreizehn Stunden schlafen, außerdem noch über Mittag zwei bis drei Stunden. Mit dem dritten Lebensjahr braucht ein gesundes Kind (es sei hier immer nur von normalen Kindern die Rede) etwa zwölf Nachtstunden, zwei Mittagsstunden Schlaf. Vom sechsten bis zehnten Jahr etwa zehn Nacht-, zwei Mittagsstunden. Unter allen Umständen soll man Kinder bis zum achten Lebensjahr wenigstens zum Mittagsschlaf zwingen. Dieser Mittagsschlaf ist ungemein stärkend; wo das Kind durchaus nicht zum Schlafen zu bewegen ist (und das ist sehr häufig der Fall), da lasse man es trotzdem „ruhen", es wird endlich vor Langeweile sich zum Schlaf bequemen, und hat man das erst einmal erreicht, dann ist es ein leichtes, diesen Mittagsschlaf beizubehalten.

Nach dem zehnten Jahr ist allgemein ein Mittagsschlaf nicht mehr so nötig; wo das Kind ihn dennoch verlangt, da soll man unter keinen Umständen dem entgegenarbeiten. Ein zehnstündiger Nachtschlaf ist Bedingung, auch mit zehn Jahren. Doch nicht nur die Schlafdauer ist wichtig, sondern anderes auch.

Daß der Schlaf vor Mitternacht der gesündeste sein soll, ist bekannt. Er ist aber auch dann nur gesund, wenn zwischen den Mahlzeiten und dem Schlaf mindestens eine Stunde verstrichen ist. Ein voller Magen verursacht unruhigen Schlaf. Das Lager soll möglichst ganz flach sein. Kinder gewöhne man am besten sogar daran, ohne Keilkissen zu schlafen. Sofern nicht ein Herzleiden besteht, ist das die gesündeste Lage. Nicht zu warm einpacken, kein Federunterbett nehmen!

Nicht unmittelbar vor dem Schlafengehen Märchen lesen oder Schularbeiten machen lassen. Das sehr verbreitete Auf-dem-Bauch-Liegen der Kinder während des Schlafes, das von vielen Ärzten als sehr gesundheitsschädlich hingestellt wird, ist nicht so schlimm. Auch Rückenlage kann ungesund sein, wenn nämlich der Körper zusammengekrümmt liegt. Von Anfang an müssen Kinder daran gewöhnt werden, den Körper frei ausgestreckt liegenzulassen, da die Organe bei dem stundenlangen Verharren in gekrümmter Stellung sich nicht frei entfalten können. Wenn diese Vorsicht gewahrt wird, schadet auch die Lage auf dem Bauch nichts, ja, es gibt sogar Ärzte, die behaupten, es sei noch die Frage, ob diese Lage nicht die von Natur aus gesündere ist, da tatsächlich unendlich viel Kinder sie bevorzugen. Die Arme sollen seitwärts am Körper entlang, nicht über den Kopf gehalten werden. Ein Offenhalten des Mundes beim Schlafen veranlasse jede Mutter, Nase und Rachen des Kindes vom Arzt auf Polypen untersuchen zu lassen. Eine gründliche Atmung (und beim Schlafen ist sie ja erwiesenermaßen am intensivsten) ist erste Bedingung für das Gedeihen des Kindes, kann aber nur bei freien Luftwegen geschehen.

Haben Kinder keinen oder unruhigen, von Träumen beeinträchtigten Schlaf, so ist eine dieser erwähnten Bedingungen unerfüllt geblieben, wenn anders es sich eben um ein gesundes Kind handelt. Nur ein tiefer, fester Schlaf kann aber kräftigen und dem Kind willkommen sein.

— Erinnerung an ein Attentat. Am 11. Mai 1878, vor fünfzig Jahren, wurde das deutsche Volk plötzlich durch die Nachricht erschreckt, daß ein Attentat auf Kaiser Wilhelm I. versucht worden sei. Der 81jährige Kaiser fuhr mit seiner Tochter, der Großherzogin Luise von Baden, im offenen Wagen von Charlottenburg her in Berlin „Die Linden" entlang. Da feuerte vom Bürgersteig aus der 21jährige Klempnergeselle Max Hödel aus Leipzig zwei Schüsse auf den Wagen ab, jedoch ohne zu treffen. Hödel, der sich bei der gerichtlichen Untersuchung als Anarchist bekannte, wurde am 16. August 1878 enthauptet.

— **Die oldenburgische Raufboldliste.** In vielen kleineren, leicht übersehbaren Orten gibt es Trunkenboldlisten: wer als Gewohnheitssäufer bekannt ist und immer wieder nicht bloß einen, sondern gleich mehrere über den Durst trinkt, kommt auf eine amtliche Liste, die in den Schenken angenagelt wird. Den also gekennzeichneten Mitbürgern dürfen die Gastwirte bei Strafe nicht allzuviel Schnaps oder sonstige Alkoholika verabreichen, wobei allerdings der Übergang von der „Nochnüchternheit" zur Halb- oder Ganzbesoffenheit nicht immer leicht festzustellen sein dürfte. Nach dem Muster solcher Trunkenboldlisten hat man nun jetzt in Oldenburg Raufboldlisten eingeführt. Alle Personen, die als gewalttätig bekannt sind und durch übermäßigen Radau, durch Anrempelungen, Messerstechereien, Faustkämpfe usw. schon wiederholt Tanzlustbarkeiten oder ähnliche Veranstaltungen gestört haben, werden behördlicherseits auf die Raufboldliste gesetzt und wie die Trunkenbolde angeschlagen. Den Raufbolden ist der Aufenthalt in den Räumen, Buden, Zelten usw., in denen die vorgenannten Veranstaltungen stattfinden, verboten; verboten ist ihnen auch der Aufenthalt in 3000 Meter Distanz von der Örtlichkeit der Veranstaltung überall dort, wo geistige Getränke verkauft werden. Die Gastwirte sind verpflichtet, die Raufboldliste in ihren Räumen auszuhängen. Ob es nun friedlicher werden wird in Oldenburg?

Extra-Beilage. Der heutigen Nummer liegt eine Beilage „Der Deutschnationale" bei.

Von Frühling zu Frühling

Roman von A. Arnefeld.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es klang etwas wie Enttäuschung hinein in die Wiedersehensfreude.

„Ja, wie kommen Sie denn nach Brioni?"

„Per Torpedo. Es ist ein Glück, wenn man hier und da zu rechter Zeit auf einen Freund stößt. Diesmal hatte ich dies Glück! Aber ich glaube, ich wäre lieber durch dieses verdammte Meer geschwommen, als heute nicht gekommen. Haben Sie meinen Brief aus Triest erhalten?"

„Wir sind seit vier Tagen ohne Post. Ueberhaupt von der Welt abgeschnitten."

„O!" Eine ärgerliche Falte bildete sich auf seiner Stirn. „Dann wissen Sie auch nicht, weshalb ich kam; und ich muß nun mündlich von Anfang beginnen."

Er brach ab, ohne indes den Blick von ihr zu wenden. Meta wurde plötzlich rot bis unter die Haarwurzeln.

Sie brauchte nur zu lesen, was ihr aus seinen schwarzen Augen entgegenleuchtete, um zu wissen, was Montelli hergetrieben hatte. Sie erschrak. Wie Schuppen fiel es ihr von den Augen.

Seine teilnehmende Freundschaft — die häufigen Briefe — das Interesse für Konradchen...

Und heute war der erste Jahrestag ihrer Witwenschaft. All das fuhr ihr blitzartig durch den Kopf.

Dann sagte sie etwas ungeschickt: „Wie wird sich Fräulein Olga freuen... und Konradchen —"

„Und Sie, Frau Meta?"

Noch tiefer tauchte sein Blick in den ihren.

„Auch... selbstverständlich. Aber Sie haben es recht ungünstig getroffen auf Brioni! Der Kurort ist erst im Werden — man hat nicht genügende Verbindungen, und so setzt uns so ein andauerndes Unwetter schon in Proviantverlegenheit. Ich fürchte, Sie werden nicht zufrieden sein."

Meta hatte hastig gesprochen. Montelli lächelte.

„O, als ehemaliger Soldat bin ich an alles gewöhnt. Wir wollen eine Bowle brauen und Weihnacht feiern; wenn Sie mich nur nicht fortschicken, dann ist alles gut!"

„Ich will Olga rufen," murmelte Meta unsicher unter seinem forschenden Blick, „und das Kind. Sie werden staunen, wie es sich entwickelt hat! Seit acht Tagen kann es schon allein aufrecht stehen."

Während sie langsam an Montellis Seite dem Ausgang zuschritt, folgten ihr die bewundernden Blicke von sechs Augenpaaren. Die Offiziere hatten es sich an einem Ecktisch bequem gemacht und machten Herrn Remus mit ihren Wünschen bekannt.

„Sapristi," murmelte Hauptmann Dunkel. „Welche Schönheit! Nun begreife ich freilich, warum Montelli durchaus mit nach Brioni wollte, nachdem er uns den Gedanken, Weihnacht hier zu feiern, förmlich suggeriert hatte!"

„Ich hoffe nur, er macht uns mit der Dame bekannt!" setzte Oberleutnant Salzer hinzu, „und behält sie nicht für sich allein!"

Mit einem wahren Sturm von Fragen wurde Montelli bestürmt, als er eine halbe Stunde später den Saal allein wieder betrat.

Er hüllte sich in geheimnisvolle Andeutungen, nannte bloß Metas Namen und ließ durchblicken, daß sein Besuch bei ihr einen bestimmten Zweck habe, über den zu sprechen vorläufig verfrüht wäre.

Die Herren verstanden und fragten nicht weiter.

Seit langer Zeit machte Meta wieder einmal sorgfältig Toilette zum Diner. Sie tat es halb unbewußt, ohne sich weiter Rechenschaft darüber zu geben.

Olga Ländeke, die sich ebenfalls herausputzte, berichtete ganz aufgeregt, wie unten alles drunter und drüber ginge, wie fröhlich die Offiziere seien, und wie hübsch der heilige Abend durch ihr Kommen nun verlaufen werde. „Es war doch über die Maßen trübselig in der letzten Zeit hier!" setzte sie hinzu.

Meta erwiderte nichts. Anfangs war ein flüchtiges Bedauern in ihr aufgestiegen, daß die friedliche Idylle nun unerwartet ein Ende gefunden habe. Aber allmählich schlug ihre Stimmung ins Gegenteil um. Ihr ganzes Leben in der letzten Zeit kam ihr plötzlich unnatürlich vor. War sie nicht jung? Hatte sie nicht Rechte an das Leben und dieses an sie? Olga hatte wirklich recht — trübselig war es gewesen... einschläfernd, dieses völlig abgeschiedene Leben hier.

Beim Diner machte Montelli die beiden Damen mit den Offizieren bekannt. Eine lebhafte Unterhaltung entspann sich. Die Herren waren entzückt über den Geist der schönen Frau, die trotz der langen Abgeschiedenheit in Brioni ein Hauch der großen Welt umwehte.

Sie, die Tag für Tag die Kleinstädterei Polas vor Augen hatten, empfanden es wie eine köstliche Erfrischung, hier so unerwartet eine selbständige Individualität mit eigenen Ideen zu finden.

Dazu eine Frau von bezaubernder Schönheit, eine Frau, die durch und durch Dame war, deren Wesen von jener Sicherheit beherrscht wurde, wie nur langjähriger Umgang in den besten Kreisen sie verleiht.

Dasselbe Gefühl, nur in verstärktem Maße, beherrschte Meta. Monatelang hatte sie entweder schweigend für sich gelebt in einer Art Traumzustand, oder sich mit alltäglichen Unterhaltungen begnügt.

Nun wurde auf einmal von Dingen gesprochen, an die sie lange nicht gedacht hatte. Kunst, Politik, moderne Probleme, Reisen, Schilderungen fremder Länder...

Und allmählich kam es über Meta wie ein großes Erwachen. Sie staunte, wieviel Empfänglichkeit in ihr war. Sie freute sich, daß sie endlich wieder einmal plaudern konnte wie in alten, längst vergangenen Zeiten, harmlos, anregend, fröhlich.

Ihr, der Einsamen, tat die zarte ritterliche Huldigung, die man ihr hier entgegenbrachte, plötzlich wohl.

Mehr und mehr ward sie sich ihrer Jugend bewußt. Mehr und mehr wich der Druck, der sie so lange im Bann gehalten hatte, und ihre Seele wurde weit und frei.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280510-13/fragment/page=0003

Der kommende Handelsflugverkehr.

Hoover ehrt die „Bremen"-Flieger.

Bei einem von der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer zu Ehren der „Bremen"-Flieger im Newyorker Hotel Astor gegebenen Frühstück wies Handelssekretär Hoover auf den ersten Flug der Gebrüder Wright hin und betonte, daß

die Zukunft einen regelmäßigen Handelsflugverkehr

zwischen Deutschland und Amerika bringen werde. Hoover sagte: Obwohl wir stolz sind auf die Erfindung und die Vervollkommnung des Flugzeuges, müssen wir einräumen, daß unsere deutschen Freunde in wertvollster Weise bei der Entwicklung des Flugwesens mitwirkten. Es besteht ein

besonders inniges Verhältnis zwischen der Fliegerei und den internationalen Beziehungen.

Das Flugzeug, das einst nur als Kriegswaffe galt, wurde ein Bote des Friedens und ein Förderer des internationalen guten Willens. Im Fluge der „Bremen" trat eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern

Die Ozeanflieger in Newyork.

Die erste Aufnahme von den Ozeanfliegern nach ihrer Landung bei Newyork, die sie vornehmen mußten, da sie des starken Regens wegen ihren Flug nach Washington unterbrechen mußten. Von links nach rechts: Hauptmann Köhl, Fräulein Herta Junkers, Freiherr von Hünefeld, Major Fitzmaurice

zweier Nationen hervor. Die Empfindung des guten Willens äußerte sich hierzulande in den Stunden des Bangens vor der Ankunft der „Bremen". Es kann keinen größeren Beweis der aufrichtigen Freundschaft, die unser Kontinent für die „Bremen"-Flieger und ihre Nationen empfindet, geben, als die ungeheure Begeisterung, mit der sie empfangen wurden.

Freiherr von Hünefeld wies, mit großem Beifall begrüßt, in einer Rede auf das Hilfswerk Hoovers für Deutschland hin. Namens der Handelskammer überreichte Eugene Henningson den Fliegern goldene Uhren. An dem Frühstück nahm an der Ehrentafel auch Professor Junkers teil, der ebenfalls Gegenstand lebhafter Huldigungen war.

*

Amerikaverkehrsluftschiff „Graf Zeppelin"

Im Juni erster Versuchsflug.

Das seiner Vollendung entgegengehende neue deutsche Luftschiff „L. Z. 127", das den Namen „Graf Zeppelin" tragen wird, hat jetzt auf der Friedrichshafener Werft Spitze und Heck erhalten, so daß nur noch die Ballonhülle fehlt.

Mitte Juni wird der Bau ganz vollendet sein. Der „Zeppelin" muß sich den Bestimmungen über die Zulassung von Luftfahrzeugen für Sport und Verkehr unterwerfen, und zwar ist mit der Vornahme dieser Prüfungen die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof vom Reichsverkehrsministerium beauftragt worden. Genau so wie jeder neue Flugzeugtyp erst nach eingehender Prüfung für den Verkehr zugelassen wird, so muß auch für den „L. Z. 127" erst die Zulassungsgenehmigung erteilt werden, bevor mit den Probefahrten begonnen werden kann.

*

Unfälle bei der Landung der „Italia".

Wie aus Spitzbergen gemeldet wird, soll die „Italia" einige Tage in der Halle verbleiben, da einer der Motoren leicht beschädigt ist und instandgesetzt werden muß. Ebenso soll auch der in Vadsö entstandene Riß in der Hülle einer endgültigen Ausbesserung unterzogen werden. Bei der Landung der „Italia" in Kingsbay herrschte eine derartige Kälte, daß einem Filmphotographen ein Fuß und einem Matrosen eine Hand erfroren sind. In den letzten Tagen bestehen einige Schwierigkeiten, die telegraphische Verbindung mit Spitzbergen aufrechtzuerhalten.

Stresemann fünfzigjährig.

Dr. Gustav Stresemann, seit 1923 Außenminister des Deutschen Reiches, vollendet am 10. Mai sein 50. Lebensjahr. Mancher, der ihn nicht persönlich kennt, wird sich wundern, daß dieser Mann erst jetzt ein halbes Jahrhundert hinter sich hat. Diese Verwunderung ist um so verständlicher, als Dr. Stresemann eine der meistgenannten Persönlichkeiten des Nachkriegsdeutschlands ist und Minister sonst nicht gerade zu den jungen Politikern gehören. Schon mit 29 Jahren zog Dr. Stresemann in den

Reichstag ein, dem er mit einer kleinen Unterbrechung bis zum heutigen Tage angehört. Durch Rednergabe und Schlagfertigkeit ausgezeichnet — gehört er doch zu den wenigen Abgeordneten, die selbst große Reden aus dem Stegreif halten —, vertritt er vor dem Reichstag mit Konsequenz die von ihm erstrebte Verständigung mit den ehemaligen Gegnern Deutschlands, vor allem mit Frankreich. Für diese Verständigungs- und Versöhnungspolitik, die Deutschland nach Genf führte, verfügt er im Reichstag über eine breite Grundlage; denn die Parteien der sogenannten Großen Koalition, also Deutsche Volkspartei, Zentrum, Deutsche Demokratische Partei und Sozialdemokraten, sind die Stützen seiner Auslandspolitik, die allerdings von ganz rechts und ganz links besonders stark befehdet wird.

Stresemanns Name besitzt auch internationalen Klang. Er, der sich aus kleinen Verhältnissen bis zur heutigen achtunggebietenden Stellung herausgearbeitet hat — sein Vater hatte einen kleinen Bierhandel —, erhielt vor kurzem zusammen mit Briand und Chamberlain den Friedensnobelpreis, mit dessen Verleihung ihm auch eine größere Geldsumme ausgehändigt wurde. Und die älteste Universität Deutschlands, Heidelberg, ernannte Dr. Stresemann zusammen mit dem amerikanischen Botschafter Schurman zu ihrem Ehrendoktor, eine Auszeichnung, die ihm kurz vor seinem 50. Wiegenfeste sicher eine Geburtstagsvorfreude bereitet hat.

Bekanntmachung.

Betr. Reichstags- und Landtagswahlen am 20. Mai.

Gemäß § 47 der Reichsstimmordnung und § 41 des Landtagswahlgesetzes wird folgendes bekannt gegeben:

Für die am Sonntag, den 20. Mai d. Js., stattfindenden Neuwahlen zum Reichs- und Landtag ist die Stadt Nebra in 2 Abstimmungsbezirke eingeteilt.

Der Abstimmungsbezirk I umfaßt folgende Straßen:

Großwangenerstraße, Bahnhofstraße, Am Unterbrunnen, Am Schloßberg, Bleichplanweg, Poststraße, Altenburgstraße, Unter der Altenburg, Privatstraße, Rosentalstraße, Wilhelmstraße, Neue Reihe, Grabenmühlenweg, Grabenschleuse, Brauergasse, Lederberg, Am Kirschgarten, Feldstraße, Kaßel, Breitestraße Nr. 1 bis Nr. 15.

Zum Abstimmungsbezirk II gehören:

Breitestraße Nr. 16 bis Nr. 65, Reinsdorferstraße, Am Klippenteich, Kirchweg, Pfarrgasse, Am Entenplan, Markt, Große Schloßgasse, Kleine Schloßgasse, Laternengasse, Lämmergasse, Fürstengasse, Kollerhof, Promenade, Blücherplatz, Vorm Obertor, Am Oberteich, Wasserweg und der Gutsbezirk Nebra.

Wahlvorsteher sind:

Für den Abstimmungsbezirk 1: der Beigeordnete Hohlbein.
Für den Abstimmungsbezirk 2: der Magistratsassessor Franke.

Deren Stellvertreter für den Abstimmungsbezirk 1: Magistratsassessor Föhrigen.
Für den Abstimmungsbezirk 2: der Magistratsassessor Hankel.

Wahlraum für den Abstimmungsbezirk 1 ist das untere rechte Klassenzimmer, für den Abstimmungsbezirk 2 das untere linke Klassenzimmer im alten Schulgebäude.

Die Wahlzeit für die Reichs- und Landtagswahlen dauert einheitlich von 8 bis 17 Uhr.

Für jede der beiden Wahlen werden amtliche Einheitsstimmzettel und besondere Wahlumschläge im Wahlraum ausgegeben. Beide Wahlstimmzettel enthalten alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Parteien und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Wahlvorschlages. Die Wahlumschläge tragen einen amtlichen Stempel. Jeder Wähler muß also je einen Stimmzettel mit seiner vermerkten Stimme in den Umschlag für Reichs- und Landatgswahl legen.

Der Wähler nimmt einen abgestempelten Umschlag und einen Einheitsstimmzettel aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in dem Wahlraume aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den hergerichteten Verschlag, um dort den Stimmzettel in einen Umschlag zu stecken. Vorher hat er durch ein Kreuz, eine Unterstreichung oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag kenntbar zu machen, dem er seine Stimme geben will. Er tritt sodann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Wählerliste aufgefunden worden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Inhaber von Stimmscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Stimmschein dem Wahlvorsteher.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Ungültig sind Stimmzettel:

1. Die nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag oder die in einem mit unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind.
2. Die mit einem unzulässigen Kennzeichen versehen sind.
3. Die keinen zugelassenen Wahlvorschlag zweifelsfrei bezeichnen.
4. Die mehr als einen zugelassenen Wahlvorschlag bezeichnen.
5. Die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten und solche Stimmzettel, denen eine Drucksache oder ein Schriftstück beigelegt ist.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen. Er kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört. Ein Wähler, der davon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Zur Stimmenabgabe sind nur Personen zugelassen, die in der Stimmliste eingetragen oder im Besitz eines Stimmscheines sind.

Auf die Neueinteilung der Stimmbezirke wird besonders hingewiesen.

Nebra, den 9. Mai 1928. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 13. Mai d. Js., vormittags 7 Uhr findet eine Uebung der Pflichtfeuerwehr statt.

Sammelplatz: **Markt.**

Die Mannschaften werden ersucht, zu der Uebung pünktlich zu erscheinen. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit und Abwesenheit vom Orte. Die Entschuldigungen sind beim Hauptmann Hartmann anzubringen.

Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft.

Nebra, den 9. Mai 1928. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung.

In dem Selbstverlag H. Steinborn in Hameln a. W. ist ein Leitfaden durch die Invalidenversicherung mit Sammelbuch der Bescheinigungen über die Endzahlen der Aufrechnung der Quittungskarten erschienen. Der Preis beträgt für ein Exemplar 35 Pfg.

Dieser Leitfaden ist für die der Invalidenversicherungspflicht unterliegenden Personen, wie die Erfahrung fast täglich lehrt, unentbehrlich. Er gibt Aufschluß über den Zweck der Versicherung, über die Leistungen der Invalidenversicherung, den Kinderzuschuß, Beispiele für die Berechnung einer Invalidenrente, die Witwenrente, die Waisenrente, die Zusatzrente, die Witwerrente, Beginn, Wegfall und Ruhen der Renten, das Heilverfahren, die Sachleistungen, die Rechtsnachfolge festgestellter Ansprüche und die Fortsetzung schwebender Verfahren beim Tode des Antragstellers, die Antragstellung und die Feststellung der Leistungen, die freiwillige Weiterversicherung, die Selbstversicherung, die Befreiung von der Versicherungspflicht, die Wartezeit, die Anwartschaft, das Wiederaufleben der Anwartschaft, das Erlöschen der Anwartschaft, die Höhe der Beiträge, die Quittungskarten usw.

Bestellungen werden im Magistratsbüro bis 18. d. Mts. entgegengenommen.

Nebra, den 8. Mai 1928. **Die Polizeiverwaltung.**

Betr. Konfirmanden-Unterricht.

Zu Beginn des diesjährigen Konfirmanden-Unterrichts möchte der Gemeindekirchenrat im Blick auf die Erfahrungen mit den letzten Konfirmanden-Jahrgängen an die Eltern der Konfirmanden die herzliche und dringende Bitte richten mitzuhelfen, daß der Konfirmanden-Unterricht sein Ziel an den Herzen der Kinder erreichen kann. Der Gemeindekirchenrat möchte die Aufmerksamkeit der Eltern besonders auf das Betragen der Kinder in den Stunden, auf das Erledigen ihrer häuslichen Aufgaben und auf den pflichtmäßigen Besuch der Gottesdienste lenken und sie bitten, die Kinder zur Erfüllung ihrer durch den Besuch des Konfirmanden-Unterrichts übernommenen Pflichten anzuhalten. Falls Kinder den Unterricht dauernd durch ihr Betragen stören, werden sie in Zukunft vom Vormittagsunterricht ausgeschlossen und in einer besonderen Nachmittags-Abteilung unterrichtet werden müssen. Lassen sie es dann noch am Besuch dieses Nachmittagsunterrichts fehlen, so schließen sie sich dadurch selbst von der Konfirmation aus und könnten höchstens zu einem späteren Termin konfirmiert werden, wenn der versäumte Unterricht nachgeholt ist. Auch solche Kinder, die dauernd den Besuch des Gottesdienstes versäumen, können von der Konfirmation ausgeschlossen werden. Der Gemeindekirchenrat möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß ein derartiges Vorgehen sich erübrigt.

Nebra, den 7. Mai 1928. **Der Gemeindekirchenrat.**

Dank.

Da es uns nicht möglich ist, jedem Einzelnen zu danken für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zu unserer goldenen Hochzeit, so sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Gottfried Rinkleib und Frau
geb. Gröschler.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und die zahlreichen Geschenke, welches uns anläßlich unserer silbernen Hochzeit zugegangen sind, sagen wir auf diesem Wege allen Spendern hiermit unsern herzlichsten Dank.

H. Leschke und Frau.

Oeffentliche
Wähler-Versammlung
am Sonntag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im „Ratskeller" in Nebra.
Es spricht: Parteigenosse **Friedrich-Karlsruhe**
(ehemaliger kommunistischer Landtagsabgeordneter) über:
Rechts — Links — oder Adolf Hitler?
Alle Bevölkerungsschichten sind eingeladen.
Eintritt frei. Freie Aussprache.
Nationalsozialistische deutsche Arbeiter-partei.
Wahlvorschlag Nr. 10 Wahlvorschlag Nr. 10

Ganz billige Pfingstfahrt an die Ostsee und nach Dänemark
vom 25.—31. Mai 1928. 7 Tage.
— alles eingerechnet —

ab Leipzig (u. zurück)	RM. 77.80	ab Cöthen	RM. 74.60
„ Schkeuditz	„ 77.—	„ Schönebeck	„ 73.10
„ Halle	„ 76.20	„ Magdeburg	„ 72.70

Stendal RM. 70.—

Prospekte und Teilnehmerhefte durch die
Buchhandlung Wilh. Sauer, Roßleben
und
Mecklenburg-Pommerscher
Seebäder-Verkehrs-Verband
Geschäftsstelle Leipzig
Richards-Wagner-Str. 11 Unionmeßhaus
Telefon 40310

Klavierstimmer
kommt nächsten **Dienstag** nach hier. Aufträge nimmt d. Geschäftsst. in Nebra entgegen.

Ia Eiderfettkäse 20%
9 Pfd. = Mk. 6.30 franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Ein Inserat im Nebraer Anzeiger wirbt Ihnen neue Kundschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280510-13/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 55 — Donnerstag, den 10. Mai 1928 — 41. Jahrgang

Einunddreißig.

Wer die Wahl hat, hat die Qual, und da mögen wohl der deutsche Reichstagswähler und die deutsche Reichstagswählerin am 20. Mai die gequältesten Menschen auf Erden sein. Buridans Esel brauchte ja nur zwischen zwei Heubündeln zu wählen, aber der und die Deutsche haben am 20. Mai die Auswahl zwischen 31 — in Worten: einunddreißig — Listen, denen sie, wenn sie durchaus wollen, ihre Stimmen geben können. Aber allzu viele werden sich da überhaupt lachend bedanken, weil die Sache allmählich anfängt, grotesk zu werden.

Als die Reichstagsmitglieder das Reichstagswahlgesetz berieten, waren sie bei ihrem Beschlusse, zur Rechtsgültigkeit einer Kandidatenvorschlagsliste für den Reichstag genügen die Unterschriften von 20 wahlberechtigten Personen, wirklich von allen guten Geistern verlassen. Hat sich doch z. B. eine Familie Wülfmeyer — Vater, Mutter, Sohn und Tochter — als „Rechts- und Mieterschutzpartei" aufgetan. Vater wird am Stammtisch, Mutter beim Kaffeekränzchen, Sohn und Tochter werden im Tanzklub die fehlenden 16 Unterschriften für den viergliedrigen Familien- — Verzeihung! Reichstagsvorschlag unter Lachen und Scherzen zusammengeholt haben — und der Reichswahlausschuß mußte das als ernsthaft gemeint tatsächlich annehmen. Einen anderen, vielleicht noch grotesseren Vorschlag hat der Reichswahlausschuß jedoch abgelehnt. Da hatte nämlich ein grüner, soeben erst wahlfähig gewordener Jüngling einen solchen Vorschlag eingereicht unter dem Kennwort oder der „Parteibezeichnung": „Lebensinteressen der Ledigen", wobei er die Unterschriften von — 20 verheirateten Frauen mitbrachte. Also geschehen in der schönen Seestadt Hamburg. Daß selbstverständlich die „Partei der Parteilosen" auch diesmal nicht fehlte, aber abgewiesen wurde, ist ja — dank jener Gesetzesbestimmung — auch wieder möglich gewesen. Man hat so viel über Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen geredet und geschrieben: hätte man lieber zur Beseitigung dieses Unfuges etwas getan — und für die Erhöhung jener Ziffer wäre in jedem Reichstag die Zweidrittelmehrheit vorhanden gewesen —, so hätte man dies wirklich allseitig begrüßt.

Unter einer gleichen, wenn auch nicht ebenso großen Zersplitterungspsychose stehen alle Parteien und Parteichen, Gruppen und Verbände, die sich die Aufwertungs-, Liquidationsgeschädigten- und ähnliche Fragen als Wahl- und Arbeitsthema zu eigen machten. Aufwertungsgruppen mit besonderen Listen gibt es gleich sieben; sie werden sich und ihren Zielen durch die Zersplitterung, an der vielfach rein persönliche Dinge schuld sind, selbst am meisten schädigen, da vermutlich kein einziger ihrer Kandidaten in einem Wahlkreis die notwendigen 60 000 Stimmen erhält. Nicht anders ist es mit den sogenannten Volksrechtsparteien, von denen nun eine noch in letzter Stunde ihren Namen ändern muß, weil sonst Verwechslungen sehr leicht möglich sind. Die wird es aber trotzdem noch in großen Massen geben. Hunderttausende von Stimmen auf diese Weise einfach verlorengehen, wie bei der letzten Wahl 1924, als auf diese Weise fast 900 000 Wahlstimmen unter den Tisch fielen.

Diese Liste der Listen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Da gibt es drei christliche (evangelische) Listen — eine vierte hat sich mit den Völkischen oder vielmehr mit einer der völkischen Listen verbunden, denn dort gibt es auch gleich drei „verschiedene" — gibt es vier in die Kreise der landwirtschaftlichen Wähler hineingehende Listen usw., alles Zersplitterungen, die im nichtsozialistischen Lager entstanden sind. Aber auch im Lager der Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten fehlt es nicht an Parteisplittern. Da gibt es auf dem rechten Flügel die „Alte Sozialdemokratische [illegible] Bruder", den Meh[illegible] werden sollte, wenn[illegible] Verwechselungen [illegible] gegeben worden. [illegible] auf der Kampfbah[illegible] je die ersehnten Ha[illegible] wieder betreten zu[illegible] nur die Deutsch-Ha[illegible] nen Wahlvorschlag.

Das Ganze: [illegible] nicht gerade günstig[illegible]

Drohende B[illegible]

200 00[illegible]

Der mit groß[illegible] rumänischen Bauer[illegible] wenigstens ruhig v[illegible] schließung ang[illegible] gebungen bekannte[illegible] eingetreten wird, [illegible] der Führung Man[illegible] wird in der Ents[illegible] allgemeine Politik[illegible] der Wunsch zum [illegible] Erreichung des g[illegible] schließung weist a[illegible] gerichteten Propa[illegible] sofern, als an die[illegible] bund der Appe[illegible] Lösung der rumän[illegible] streicht ferner, daß [illegible] gegenwärtigen Grenzen Rumäniens bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, und schließt mit der Feststellung, daß die nationale Einheit des Landes unzerstörbar sei.

Der Führer der Bauern, Maniu, ist nach Bukarest abgereist, um dort beim Regentschaftsrat um eine Audienz nachzusuchen, dem er die Karlsburger Entschließung vorlegen will.

Nach Blättermeldungen aus Wien und Budapest beträgt die Zahl der auf Bukarest marschierenden Bauern etwa 200 000. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Bauernmacht sehr ernsthaft zu nehmen sei, denn am Schluß des Kongresses hätten sie einen feierlichen Eid geleistet, nicht eher zu ruhen, als bis die Bauern in Bukarest mit eigener Hand Ordnung geschaffen hätten.

In Bukarest Standrecht.

Die Wirrnisse in Rumänien und die gewaltigen Bauernkundgebungen haben eine Auswirkung gehabt, die für den Betroffenen, den Exkronprinzen Carol, recht unangenehm sein können. Er lebt bekanntlich zurzeit in England. Montag abend fand eine Konferenz in London zwischen Vertretern des Ministeriums des Auswärtigen und des Innenministeriums statt, in der beschlossen wurde, den früheren Kronprinzen Carol von Rumänien aufzufordern, England zu verlassen. Nach der Konferenz wurde ein hoher Beamter der englischen Kriminalpolizei nach Godstone, einem Landhaus in der Grafschaft Surrey, wo sich der ehemalige Kronprinz aufhält, entsandt. Bei der Ankunft wurde dem Beamten mitgeteilt, daß sich Carol mit Frau Lupescu in einem Londoner Kino befinde. In der Zwischenzeit begaben sich drei weitere führende Beamte der Kriminalpolizei nach Godstone, um Carol nach seiner Rückkehr von London das Ergebnis der Regierungskonferenz mitzuteilen. Carol, der um Mitternacht von London zurückkehrte, war außerordentlich überrascht, als ihm die Entscheidung der englischen Regierung bekanntgegeben wurde. Er beschränkte sich auf die Erklärung, daß ihm die Mitteilung sehr unerwartet komme. Wie verlautet, wird man dem Prinzen Carol angemessene Zeit gewähren, um die nötigen Abreisevorbereitungen zu treffen.

Das britische Luftfahrtministerium veröffentlicht eine Erklärung, die mitteilt, den britischen Behörden sei bekannt geworden, daß zwei Flugzeuge der Imperial Airways gemietet waren, offensichtlich um den Prinzen Carol nach Rumänien zu bringen. Da Prinz Carol nicht die notwendigen Papiere zur Landung in Rumänien besaß, seien Maßnahmen zur Verhinderung des Fluges getroffen worden. Carol veröffentlicht eine neue Erklärung, in der es heißt, er sei nicht nach England gekommen, um hier das Hauptquartier für eine Bewegung zur Zurückgewinnung des rumänischen Thrones aufzuschlagen. Es bestehe keine Verschwörung. Er habe nur an den gesunden Sinn seiner Landsleute appellieren wollen.

Die Unruhen dauern an.

Wenn auch nach den Regierungsmeldungen aus Bukarest die Bewegung der Bauern zurückgedämmt worden ist und diese nach ihren Wohnsitzen zurückkehren sollen, hält die allgemeine Beunruhigung an. Die Leitung der Nationalen Bauernpartei erklärt, die zweite Etappe des Kampfes gegen das Regime Bratianu werde die Verweigerung der Steuerzahlung durch die siebenbürgischen Bauern sein, ferner die passive Resistenz aller Stadtverwaltungen gegenüber der Staatsverwaltung, in denen sich die Bauernpartei in der Mehrheit befinde. Auf diese Weise hoffe die Partei, die Regierung Bratianu zum Rücktritt zwingen zu können.

Sämtliche ausländischen Journalisten in Bukarest, die sich mit dem Präsidenten der Nationalen Bauernpartei, Maniu, und den Bauernmassen aus Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, sind an die Grenze abgeschoben worden. In Bukarest kam es zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen. Die Truppen stehen in Bereitschaft und besetzten alle nach Bukarest führenden Straßen. Über Bukarest ist das Standrecht verhängt worden.

Durch Umzingelung der Bauern- und Arbeitermassen, Verbietung jeder Gewalttat sowie passive Resistenz seitens der Eisenbahnverwaltung soll die unruhige Bevölkerung in verschiedene Richtungen abgedrängt worden sein. Etwa 6000 Bergleute der Kohlenbergwerke im Tale der Jiu warten noch ungeduldig auf ihre Nachhausebeförderung. Die Soldaten verhielten sich bissjplintert, waren aber ebenfalls unruhig.

Der chinesisch-japanische Zwist.

China einig gegen Japan.

Nach den heftigen Zusammenstößen der letzten Tage, die geradezu als offene Schlacht aufgefaßt werden müssen, scheint in der Hauptstadt der Provinz Schantung, in Tsinanfu, wieder etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Die Japaner halten eine Abwehrstellung in einem Teile der Stadt besetzt, während die chinesischen Südtruppen sich nach wie vor äußerst angriffslustig gebärden. Es hat sogar den Anschein, als ob die feindlichen Brüder, der Norden und der Süden, angesichts des Eingreifens der Japaner, sich vereinbaren und gemeinsam gegen den verhaßten Eindringling wehren würden. Wenigstens lassen darauf die Sympathiekundgebungen des Nordens und eine Protestnote aus Peking, dem Sitz der Nordregierung, an die japanische Adresse schließen.

Japaner und Chinesen melden natürlich, wie üblich, gleichermaßen von Greueltaten in Tsinanfu. Die Chinesen behaupten, daß japanische Soldaten den Fremdenkommissar und seinen Stab ermordeten und verstümmelten; die Japaner behaupten, daß die Chinesen japanische Frauen schändeten und ermordeten.

Nach einer der deutschen Gesandtschaft in Peking zugegangenen zuverlässigen Meldung befinden sich die deutschen Reichsangehörigen und der deutsche Konsul in Tsinanfu wohl. Das deutsche Hotel Stein ist geplündert worden. In Peking selbst ist alles ruhig.

Nationale Zusammenarbeit.

Mahnung Dr. Stresemanns an das besetzte Gebiet.

In der Stadthalle zu Mainz fand eine vaterländische Kundgebung statt, in der Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen nationalen Appell an die Bevölkerung des besetzten Gebietes richtete. Er stellte die Forderung auf, daß es im besetzten Gebiet keine politischen Kämpfe und keine nationalen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien geben dürfe; das Deutsche und das Vaterland hätten im Vordergrunde zu stehen. Der Aufstieg sei nicht von einer Partei abhänggig. In der Politik die in Deutschland immer von vielen Parteien beherrscht sein werde, sei eine nationale Zusammenarbeit eine dringende Notwendigkeit. Was wäre aus dem Rheinland geworden, wenn wir den Glauben an dem allmählichen Aufstieg und an ein langsames Besserwerden im besetzten Gebiet nicht gehabt hätten?

Es ist eine der schlimmsten Verdächtigungen, die uns von den Hetzern jenseits des Rheins vorgeworfen wird, daß Deutschland das Land der „Revanche" sei und ernsthaft nicht daran denke, die Verträge einzuhalten. Niemand in Deutschland aber denkt daran, eine Veränderung der Grenzen mit Gewalt herbeizuführen. Friedliche Verständigung und ehrlicher Wettbewerb soll das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sein. Der Gedanke des Friedens ist inzwischen in Deutschland und Frankreich Allgemeingut geworden. An diesem Gedanken arbeiten alle ernsten und friedensbereiten Männer.

Das Vertrauen muß aber auf Gegenvertrauen begründet sein. Man kann nicht vom Völkerbund als dem großen Menschheitsziel und dem Idealgedanken der Völkerversöhnung sprechen, solange noch ein Völkerbundstaat seine Truppen auf dem Boden eines anderen hat.

China will den Völkerbund anrufen.

Neue japanische Truppen unterwegs.

In Nanking, dem Sitz der südchinesischen Regierung, ist man augenblicklich dabei, eine Protestnote an den Völkerbund gegen das japanische Vordringen auf chinesischem Boden vorzubereiten. Aus Tokio wird berichtet, der japanische Generalstab habe mit Zustimmung der Regierung die Entsendung von weiteren 15 000 Mann nach Schantung angeordnet. Gleichzeitig hat das japanische Flugzeugmutterschiff „Notoro", das 40 Flugzeuge aufnehmen kann, Befehl erhalten, nach Tsingtau auszulaufen.

Deutsche Ansprüche im Haag.

Für die Liquidationsgeschädigten.

Im Haager Friedenspalast begann das zweite Schiedsgerichtsverfahren in Sachen der Auslegung des Dawes-Planes. Zur Entscheidung steht bekanntlich die Frage, ob und inwieweit die Reinerlöse deutscher Privatgüter, Rechte und Interessen, die von den alliierten Mächten liquidiert worden sind oder werden, gemäß den Bedingungen des Versailler Friedensvertrags auf die nach dem Sachverständigenplan zu leistenden deutschen Jahreszahlungen anzurechnen sind. Würde das Recht der Verrechnung auf die Jahreszahlungen anerkannt, so könnten die gewonnenen Summen den kriegsbeschädigten Auslandsdeutschen zufließen.

Der Sachwalter der deutschen Regierung, Professor Kaufmann, legte den deutschen Standpunkt dar. Sein Plädoyer schloß mit der Feststellung, daß die Annahme der Reparationskommission, das deutsche liquidierte Eigentum sei mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages (10. Januar 1920) verloren, unrichtig und unhaltbar sei. Die Alliierten hätten durch den Versailler Friedensvertrag überhaupt keine Einbehaltungsbefugnisse, sondern nur Pfandbefugnisse erhalten. Professor Kaufmann betonte, daß der deutschen Regierung an einer endgültigen Vereinigung des Streitfalls gelegen sei.

Es fällt bei der Verhandlung auf, wie sehr die Parteien bemüht sind, Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen und aus dem Prozeß nicht einen nachträglichen Streit zwischen ehemaligen Kriegsgegnern zu machen. Man hofft auf baldige Fällung des Urteils.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Zwecklose Bewerbungen beim Reichsverkehrsministerium.

Beim Reichsverkehrsministerium in Berlin laufen neuerdings wieder zahlreiche Bewerbungen um Verwendung beim Bau und der Unterhaltung von Reichswasserstraßen ein. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die Auswahl und Einstellung von Hilfskräften für den Bau und die Unterhaltung von Reichswasserstraßen zu den Aufgaben der damit betrauten Länderbehörden gehört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280510-13/fragment/page=0005